

Überblick

Seitwärtsbewegung im Frühjahr nach kräftigem Wachstum zu Jahresbeginn

Nach dem kräftigen Wachstumssprung zu Beginn dieses Jahres hat sich die deutsche Wirtschaft im Frühjahr seitwärts bewegt. Bereinigt um die üblichen saisonalen und kalenderbedingten Einflüsse war die gesamtwirtschaftliche Produktion nach ersten Angaben des Statistischen Bundesamtes im zweiten Quartal ebenso hoch wie in den ersten drei Monaten. Die etwas längerfristige Tendenz kommt aber besser zum Ausdruck, wenn die ersten beiden Quartale zusammen betrachtet werden. Danach ergibt sich für das erste Halbjahr 2005 gegenüber der zweiten Jahreshälfte von 2004 ein Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um $\frac{3}{4}$ %. In der gleichen Größenordnung liegt der Anstieg im Vorjahresvergleich.

*BIP im zweiten
Quartal auf
Niveau der
Vorperiode*

Die Industrieproduktion bewegte sich nach dem sehr guten Auftakt Anfang 2005 im zweiten Quartal wieder in etwas ruhigeren Bahnen. Im Durchschnitt der Monate April bis Juni belief sich der Anstieg in saison- und kalenderbereinigter Rechnung auf $\frac{1}{2}$ % gegenüber dem ersten Vierteljahr. Im Bereich des Handels verzeichnete der Großhandel in den Frühjahrsmonaten eine recht günstige Geschäftsentwicklung. Die Umsätze, die bereits im ersten Quartal etwas höher als in der entsprechenden Vorjahrszeit ausgefallen waren, haben jedenfalls im April und Mai kräftig zugenommen. Das trifft insbesondere auf die mit dem Produzierenden Gewerbe verbundenen Zweige zu, während die Umsätze der mit Konsumgütern handelnden Firmen ebenso wie die des Einzelhandels deutlich zurückblie-

*Differenziertes
Bild in
einzelnen
Wirtschafts-
bereichen*

ben. Von den übrigen Dienstleistungssektoren haben vor allem die unternehmensnahen Bereiche eine positive Umsatzentwicklung gemeldet. In den konsumnahen Dienstleistungszweigen, wie dem Gast- und dem Beherbergungsgewerbe, ist die Geschäftsentwicklung hinter den Vergleichswerten des Vorjahres zurückgeblieben.

*Höhere
Investitionen ...*

Gestützt wurde die gesamtwirtschaftliche Produktion im zweiten Quartal von einer etwas lebhafteren Inlandsnachfrage. Dahinter standen aber in erster Linie Lageraufstockungen von Vorleistungs- und Konsumgütern. Bei den Ausrüstungsinvestitionen hat sich die positive Entwicklung vom Jahresanfang zwar fortgesetzt. Die Dynamik schwächte sich im weiteren Verlauf aber wieder deutlich ab. Bei den Bauaktivitäten hat sich die zuvor witterungsbedingte Zurückhaltung etwas aufgelockert; die realen Ausgaben für neue Bauten blieben aber weiterhin verhalten. Von einer durchgreifenden Belebung der Investitionsnachfrage kann noch nicht die Rede sein. Erst Mitte dieses Jahres hat sich nach den Befragungen des ifo Instituts das Geschäftsklima in der Industrie wieder zum Positiven gewendet.

... und Exporte

Vom Exportgeschäft der deutschen Wirtschaft sind auch im zweiten Quartal expansive Impulse ausgegangen, die allerdings nicht mehr so kräftig ausfielen wie in den ersten Monaten des Jahres, so dass auf Grund verhältnismäßig hoher Einfuhren von Vorprodukten und Konsumgütern der Außenbeitrag zurückgegangen ist. Der zuletzt verstärkte Orderfluss aus dem Ausland und die anhaltend zuversichtlichen Exporterwartungen der

deutschen Industrie lassen auch für die nähere Zukunft ein günstiges Umfeld für die deutsche Exportwirtschaft erwarten.

Der private Verbrauch entwickelte sich weiterhin recht verhalten. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte waren im Frühjahr saisonbereinigt nochmals leicht rückläufig. Dies hing vor allem mit der schwachen Nachfrage beim traditionellen Einzelhandel zusammen, während sich die Anmeldungen neuer Kraftfahrzeuge im Frühling saisonbereinigt deutlich gegenüber dem sehr niedrigen Stand in den ersten Monaten dieses Jahres erholt haben. Die Stimmungslage der Verbraucher hat sich nach den Ergebnissen der GfK-Umfrage im Juli nicht mehr weiter verschlechtert, und die Anschaffungsneigung der Befragten hat sich zuletzt sogar etwas erhöht. Die wirtschaftliche und finanzielle Lage der privaten Haushalte wurde gleichzeitig aber erneut ungünstiger beurteilt. Die hohe Unsicherheit im Hinblick auf die Beschäftigungsaussichten und die Tragfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme belastet offenbar nach wie vor die Perspektiven der privaten Haushalte.

*Privater
Konsum erneut
rückläufig*

Der Arbeitsmarkt wurde bis zuletzt stark durch die Auswirkungen arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen geprägt, welche die konjunkturbedingten Veränderungen in den Hintergrund drängten. So war die bis in die jüngste Zeit hinein anhaltende Zunahme der Erwerbstätigen vor allem auf die Ausweitung der Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs) zurückzuführen. Zuvor hatten sowohl der Anstieg der Minijobs als auch der Ich-AGs zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit und zu

*Struktur-
veränderungen
am Arbeits-
markt*

höheren Erwerbstätigenzahlen beigetragen. Dabei wurde der anhaltende Abbau von Arbeitsplätzen in der Industrie und in der Bauwirtschaft durch zusätzliche Erwerbsgelegenheiten im Dienstleistungssektor, insbesondere bei den unternehmensnahen Dienstleistern sowie im Gesundheits- und Sozialwesen, kompensiert. In nicht wenigen Fällen dürfte es sich hier um Teilzeitbeschäftigungen handeln, während im gewerblichen Bereich wohl überwiegend Vollzeit Arbeitsplätze weggefallen sind. Saisonbereinigt ist die Zahl der Arbeitslosen insgesamt bis Mitte Juli auf 4,81 Millionen zurückgegangen. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 11,6%.

*Moderate
Lohn-
erhöhungen*

Vor diesem Hintergrund setzte sich die Tendenz zu gemäßigten Lohnerhöhungen und zum Abbau tariflicher Sonderleistungen sowie zur Verlängerung der Arbeitszeit fort. Zudem wurden in Flächentarifverträgen vermehrt Öffnungsklauseln zugestanden. Im Ergebnis bewegte sich der Anstieg der Tarifverdienste im ersten Halbjahr 2005 zwischen 0,4% in der Bauwirtschaft und 3,4% in der Eisen- und Stahlindustrie. Im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt zeichnet sich für das laufende Jahr eine Zunahme um rund 1½% ab. Der Anstieg der effektiven Lohnkosten wird jedoch deutlich niedriger ausfallen und damit einen Beitrag zum Abbau der hartnäckigen strukturellen Arbeitslosigkeit in Deutschland leisten können.

*Verbraucher-
preise und
Ölpreise*

Die Preisentwicklung in den letzten Monaten stand weitgehend im Zeichen steigender Ölpreise, die in den letzten Monaten immer wieder neue Höchststände erreichten und deren Auswirkungen auf das heimische Preis-

niveau durch die zeitweiligen Kursverluste des Euro an den Devisenmärkten noch verstärkt wurden. Die Verbraucherpreise sind dementsprechend saisonbereinigt im Juli wieder stärker als zuvor gestiegen. Gegenüber dem Vorjahr belief sich die Teuerung im Juli auf 2,0%, nach 1,7% im zweiten Quartal. Ohne Energie gerechnet verteuerte sich die Lebenshaltung zuletzt um weniger als 1% gegenüber dem Vorjahr.

Auch mit Blick auf das gesamte Euro-Währungsgebiet hat es bisher keine Anzeichen für den Aufbau eines binnenwirtschaftlichen Inflationsdrucks gegeben, die eine Abkehr von der zinspolitischen Geradeausfahrt nahe gelegt hätten. Der EZB-Rat hat dementsprechend die Leitzinsen in den vergangenen Monaten unverändert gelassen. Allerdings sind die Inflationsrisiken mit dem Ölpreisanstieg in den Sommermonaten und der bis zur Jahresmitte zu verzeichnenden Abwertung des Euro eher größer geworden. Hinzu kommt vor allem, dass auch die großzügige Liquiditätsausstattung im Euro-Währungsgebiet weiterhin eine hohe geldpolitische Wachsamkeit erfordert. Die monetäre Entwicklung hat jedenfalls weiter an Dynamik gewonnen; von April bis Juni ist die Geldmenge M3 im Euro-Gebiet auf Jahresrate hochgerechnet um 9½% gewachsen. Die in den letzten Monaten noch weiter gesunkenen mittel- und langfristigen Marktzinsen und die dabei erfolgte weitere Abflachung der Zinsstruktur förderten die hohe Liquiditätspräferenz der Anleger und treiben die Kreditnachfrage insbesondere für Immobilien- und Unternehmensfinanzierungen im Euro-Raum. Im Laufe des Frühjahrs hatten

*Geldpolitik
weiter
angemessen*

auch die Banken in Deutschland im Kreditgeschäft mit dem privaten Sektor Zuwächse zu verzeichnen. Von der Finanzierungsseite her gesehen steht einer stärkeren Belebung des wirtschaftlichen Wachstums auch in Deutschland nichts im Weg.

*Angespannte
Lage der
öffentlichen
Finanzen*

Sorgen bereitet die unverändert angespannte Finanzlage der öffentlichen Haushalte. Die gesamtstaatliche Defizitquote (in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) wird aus heutiger Sicht auch 2005 über 3 % hinausgehen, und die staatliche Schuldenquote dürfte weiter ansteigen. Auch auf mittlere Frist zeigt sich nach den Finanzplanungen von Bund und Ländern ein gravierender Konsolidierungsbedarf. Dabei ist es sogar noch erheblich schwieriger, strukturell

die nationalen haushaltsrechtlichen Obergrenzen einzuhalten als der europäischen 3 %-Grenze für die Defizitquote gerecht zu werden. Eine zügige Konsolidierung ist kein Selbstzweck, sondern dringend erforderlich, um verloren gegangene Handlungsspielräume zurückzugewinnen und zukünftigen Generationen, die auf Grund der demographischen Entwicklung ohnehin zunehmende Lasten zu tragen haben, nicht zusätzlich hohe Staatsschulden aufzubürden. Letztlich kommt es auf Strategien an, die auch die sozialen Sicherungssysteme auf eine langfristig tragfähige Basis stellen und mit weiteren Reformen am Arbeitsmarkt und im Steuersystem die Voraussetzungen für mehr Beschäftigung und Wachstum schaffen.